

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes vom 30.05.2015

Windenergie – wie weiter in M-V?!

Unter diesem Tagesordnungspunkt erfolgt eine Diskussion rund um das Thema Energiewende, welche aus linker Sicht zuallererst sozial gestaltet werden muss. Des Weiteren kann es für DIE LINKE nicht darum gehen, Windparks und somit einen Teil der Energiewende zu verhindern. Nach intensiver Debatte beschließt der Landesvorstand:

1. Die Energiewende wird als sozial und ökologisch notwendig angesehen und ist daher nicht abzulehnen.
2. Der Landtagsfraktion wird empfohlen, sich nicht für die Öffnung der Länderöffnungsklausel einzusetzen.
3. DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern wird gemeinsam mit den Fachpolitikern ein Projekt entwickeln, welches geeignet ist, die Bürgerinnen und Bürger im Land an den Erträgen der Windenergiegewinnung verlässlich zu beteiligen. Dazu sollen diejenigen Kommunen, in deren Territorien Windenergieanlagen errichtet werden, in angemessener Höhe partizipieren. Die Form der Beteiligung soll die kommunale Selbstbestimmung ermöglichen und eine Verteilung der Einnahmen auch im freiwilligen Aufgabenbereich gewährleisten. Dieses Projekt soll im Landtagswahlkampf umgesetzt werden.

Der Landesvorstand bedankt sich bei Dr. M. Schwenke für ihre Bereitschaft, zu diesem Thema auch in den linken Kommunalfraktionen zu informieren und bittet eben diese kommunale Vertretungen, dieses Angebot zu nutzen.

Doppelhaushalt 2016/2017 in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesvorstand nimmt diesbezüglich ein Diskussionspapier von J. Rösler zur Kenntnis. In einer ersten Diskussion werden grundsätzliche Fragen zur Handhabbarkeit von Doppelhaushalten bzw. Nachtragshaushalten erörtert – ebenso erfolgen bereits erste Qualifizierungsvorschläge.

Auf Grund der Bedeutung und des Zusammenhanges mit der Beschlussfassung zur Strategie bis zur Landtagswahl 2016 wird eine erneute Befassung inkl. Beschluss hierzu auf der Juli-Tagung des Landesvorstandes vereinbart.

Umgang mit der Alternative für Deutschland

Die Landesvorsitzende, der Wahlkreiskoordinator der Bundestagsabgeordneten und der Landesgeschäftsführer legen hierzu eine Auswertung eines Fragebogens und diesbezügliche Schlussfolgerungen vor. Der Landesvorstand nimmt die **Auswertung des „Fragebogens zur AfD-Präsenz in den Kreisen und kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns“** zur Kenntnis. Wir stellen insbesondere fest:

Die „Alternative für Deutschland“ steht nicht für offenen Rechtsextremismus, jedoch ist der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern dem nationalkonservativen / rechtspopulistischen Flügel der Partei zuzuordnen.

Die AfD steht nicht für eine aufklärerische Politik. Vielmehr bedient sie Vorurteile. Ihre Funktionsträger und Mitglieder fallen durch pauschal abwertende, teils rassistische Äußerungen auf.

Sie grenzt sich nicht nach rechts ab. Die NPD ist für die AfD normale Partei, mithin ein potentieller Kooperationspartner.

Der Landesvorstand beschließt vor diesem Hintergrund:

Die AfD ist für uns kein demokratischer Partner. Deswegen schließt der Landesverband der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsame Initiativen, eine parlamentarische und außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD auf allen politischen Ebenen aus. Für diese Position werden wir bei den anderen demokratischen Parteien werben.

Wir setzen uns mit der AfD inhaltlich auseinander. Das heißt, inhaltlichen Initiativen der AfD werden wir mit unseren Argumenten begegnen. Vielmehr werden wir in der öffentlichen Debatte für unsere linken und demokratischen Positionen werben.

Die AfD steht für eine nationalkonservative/rechtspopulistische Politik, die zu Lasten von Minderheiten, ärmeren Bevölkerungsschichten und dem unteren Mittelstand geht und Überschneidungen zu rechtsextremen Positionen aufweist. Sie ist keine demokratische Partei mit einem inhaltlichen Programm, welches die Lebensbedingungen weiter Teile der Bevölkerung verbessern hilft. In der politischen Auseinandersetzung werden wir auf diesen grundsätzlichen Charakter der AfD hinweisen.

Die Auswertung des Fragebogens befindet sich in der Anlage zu diesem Dokument.

Aktuell politisch/Aus den Gremien/Wahlen/Finanzen/Sonstiges

A. Zimmermann berichtet aus dem Landesausschuss und die abgeschlossene Berufung der AG Liste. Ein erstes Treffen wird noch im Juni 2015 stattfinden.

Eine bis dato bereits zweimal durch den Landesausschuss abgeforderte Mitgliederliste des Jugendverbandes liegt auch bis zum heutigen Termin nicht vor – leider nimmt auch an der heutigen Tagung kein/e Vertreter/in des Jugendverbandes teil und kann diesbezüglich Stellung beziehen.

Es folgen die Berichte aus den Kreisverbänden. Der Landesvorstand begrüßt die erstmalige Durchführung eines Pfingstcamps im Landkreis Ludwigslust-Parchim auf Initiative seines Mitgliedes J. Bernhardt und schlägt vor, dies in den kommenden Jahren auf ein landesweites Pfingstcamp mit u.a. den Neumitgliedern des jeweils abgelaufenen Jahres auszuweiten.

Es erfolgen Informationen zur bevorstehenden Agrarkonferenz sowie zur Gesamtmitgliederversammlung der Kreisverbände Vorpommern-Rügen und Stralsund.

J. Bernhardt informiert zur bevorstehenden Sitzungswoche des Landtages.

Die für den 13. Juni 2015 geplante Konferenz „MV2020+“ in Westmecklenburg wird auf den 12. September 2015 verschoben.

H. Bluhm informiert über die Absicht, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion, H. Holter, und der Vorsitzenden des kommunalpolitischen forums M-V e.V., J. Rösler, in den

kommenden Wochen ein Gespräch mit den linken kommunalen Spitzenpolitikern im Land zu initiieren.

B. Griese berichtet über den aktuellen Stand der Kampagne „Das muss drin sein“ in M-V und die Erstellung einer Aktionsdatenbank auf der Internetseite des Landesverbandes. Er informiert weiterhin über die bevorstehenden Schulungen der Webmaster und Redakteure **der „Kleinen Zeitungen“ im Landesverband**. Des Weiteren verweist er auf die erfolgte Einladung zur Ostseefriedenskonferenz am 27./28. Juni 2015 in Rostock.

K. Kröger informiert über die Beratung der Kreisgeschäftsführer und Mitarbeiter des Landesverbandes vom Vortag. Auf dieser wurden u.a. erste Vorstellungen für den Landtagswahlkampf und den Einsatz von finanziellen Mitteln sowie die Organisation des Wahlkampfes diskutiert. Die diesbezüglichen Vorschläge des Landesgeschäftsführers, welche sich auch in der Strategie zu den Landtagswahlen widerspiegeln, wurden einhellig befürwortet.

Zum Umgang mit dem Beschluss des LPT am 6. Dezember 2014 „Gemeinsam ein gutes Land für ALLE gestalten - DIE LINKE. M-V auf dem Weg zu einem Aktionsplan Inklusion“ hatte sich der Landesvorstand verständigt, die Berufung eines Inklusionsbeirats zusammen mit der LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik vorzubereiten. Die Auftaktveranstaltung dazu fand am 29.05.2015 in Rostock statt.

Der Landesvorstand beschließt diesbezüglich einstimmig:

1. Der Landesvorstand nimmt zur Kenntnis, dass bei der Auftaktveranstaltung am 29.5.2015 in Rostock die Arbeit des Inklusionsbeirates personell und inhaltlich vorbereitet wurde.

2. Der Landesvorstand beruft folgende Mitglieder/Sympathisanten in den Inklusionsbeirat des Landesverbandes:

Margit Glasow	HRO	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Simone Oldenburg	NWM	LTF, LAGs Bildungspolitik u. Sport
Jacqueline Bernhardt	LUP	LTF
Torsten Koplín	MSE	LTF, LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Gudrun Pach	LRO	LV, LAG Soziales
Egon Luth	LRO	
Gerd Laudon	LUP	
Edwin Kronschnabel	LUP	LAG Soziales
Lutz Hänsel	LRO	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Susanne Krone	LRO	
Mandy Schubert	HRO	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Wolfgang Griese	NWM	
Deike Ludwig	ptl.	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Peter Brill	SN	LAG queer
Björn Griese	NWM	LV, LAG Sport

Es obliegt dem Inklusionsbeirat, weitere Mitglieder mit beratender Funktion zu berufen.

Der Landesgeschäftsführer informiert über die erfolgten Beantragungen von landesweit tätigen Zusammenschlüssen auf erneute Zulassung als LAG. Der Landesvorstand beschließt:

1. Der Landesvorstand erkennt die folgenden Arbeitsgemeinschaften als landesweit tätig an (§ 4 Landessatzung) und schlägt dies dem Parteitag zur Beschlussfassung vor:

Antikapitalistische Linke	betrieb & gewerkschaft
Bildung	Cuba Si
FORSCH	forum demokratischer sozialismus
Frieden und internationale Sicherheit	Innerparteiliche Kommunikation
Junge Fraktion	Kommunistische Plattform
Kultur	Moderne LINKE
Queer	SelbstbestimmteBehindertenpolitik
Senioren	Soziales
Sportpolitik	

2. Entsprechend § 10 [8] der Landessatzung beschließt der Landesvorstand folgenden Delegiertenschlüssel:
Jugendverband vier Mandate – pro Landesarbeitsgemeinschaft ein Mandat
3. Der Landgeschäftsführer informiert die o.g. Landesarbeitsgemeinschaften und weist sie auf den Zeitraum der Delegiertenwahl (bis zum 06.09.2015) hin. Die Wahlprotokolle sind bis zum 30.09.2015 der Landesgeschäftsstelle zu übermitteln.

Zum Bürgerentscheid „Gerichtsstrukturreform“ liegt dem Landesvorstand ein aktueller Sachstand in Papierform vor. In der kommenden Woche wird eine Entscheidung des Landtages diesbezüglich erwartet.

Die nächste Tagung des Landesvorstandes findet am 04.07.2015 gemeinsam mit VertreterInnen der Landtagsfraktion in Rostock statt. Im Anschluss an die gemeinsame Beratung wird eine geschlossene Sitzung zu den Themen Finanzen und Personal erfolgen.

Ausführliche Informationen und weitere Termine im Internet unter www.die-linke-mv.de.